

Zwischenwahlen im Ungleichheitskapitalismus

Entmystifizierung des republikanischen Wahlsiegs in den US-Kongresswahlen 2014

von | Ingar Soltý



Karikatur: Economist

Ausgang der Wahlen

Bei den US-Zwischenwahlen am 4. November 2014 mussten sich alle 435 Repräsentantenhausabgeordneten und 36 der 100 Senatsmitglieder der (Wieder-)Wahl stellen. Außerdem wurden 38 Gouverneursposten vergeben und fanden 46 Parlamentswahlen auf einzelstaatlicher Ebene statt.

Die Wahlen endeten mit einem Debakel für die Demokraten. Im Repräsentantenhaus gewannen die Republikaner netto zwölf Sitze hinzu. In einem Wahlsystem, das kaum die Abwahl von Amtsinhabern zulässt, ist das viel. Damit bauten die Republikaner ihren Vorsprung auf 60 Sitze aus und haben nun eine komfortable Mehrheit von 244 zu 186 Abgeordneten. Fünf Wahlen sind noch nicht entschieden; die Wahrscheinlichkeit ist sehr hoch, dass die Republikaner ihre größte Mehrheit seit 1928 erreichen werden, denn hierfür fehlt ihnen nur ein einziger Sitz.

Im Senat verteidigten die Republikaner all ihre Sitze und acht ihrer Herausforderer setzten sich in North Carolina, Arkansas, Colorado, Iowa, West Virginia, Montana, South Dakota und Alaska gegen demokratische Amtsinhaber durch. Damit holten sich die Republikaner die bei den Zwischenwahlen 2006 verlorene Senatsmehrheit mit 53 zu 45 Sitzen zurück.

Die Republikaner kontrollieren damit beide Kammern des Parlaments, sind quasi jetzt schon Regierungspartei. Die von ihnen verabschiedeten Gesetze können von Obama nur mehr

mit einem Veto belegt werden. Die Wahlen hinterlassen ihn weitgehend handlungsunfähig. Die Republikaner werden ihn in den nächsten zwei Jahren – insbesondere in Fragen der Austeritätspolitik – vor sich her treiben können. Auch sind konservative Richterernennungen am Obersten Gerichtshof wahrscheinlich. Zugleich verschafften sich die Republikaner über die Macht in Parlament und Bundesstaaten eine hervorragende Ausgangsposition für die 2016 stattfindenden Präsidentschaftswahlen, denn sie gewannen auch netto drei Gouverneure hinzu. Insgesamt 29 der 50 US-Bundesstaaten werden nun von Republikanern regiert.

Mainstream-Wahlerklärungen

Eine allgemeine Wahrnehmung ist, dass Parteien regierender Präsidenten in den Zwischenwahlen traditionell schlechter abschneiden. Dies gelte insbesondere für solche in der zweiten Amtsperiode, wenn seine Zustimmungswerte in der Regel geringer sind. Obamas Werte lagen nach dem Umfrageinstitut Gal-

Ingar Soltý ist Wiss. Mitarbeiter am Fachbereich Politikwissenschaft der York University in Toronto. Mit Stephen Gill arbeitet er im Drittmittelprojekt »The Question of Europe in an Era of Economic and Political Crises«. Letzte Buchveröffentlichungen: »Die USA unter Obama: Charismatische Herrschaft, soziale Bewegungen und imperiale Politik in der globalen Krise« (2013) und »Imperialismus« (zus. mit Frank Deppe und David Salomon, 2011).

lup kurz vor der Wahl im negativen Bereich: 55% lehnten seine Politik ab, nur 44% befürworteten sie. Obama ist damit fast so unpopulär wie Bush im Zuge des Irakkriegs- und Hurrikane-Katrina-Desasters. Gestartet war Obama im Januar 2009 mit einem hohen Zustimmungswert von 69%. Noch 2012 hatte eine Mehrheit ein positives Bild von ihm.

Diese Beobachtung erklärt allerdings nicht Obamas sinkende Umfragewerte, denn das Beispiel der Zwischenwahl in Bill Clintons zweiter Amtsperiode 1998 mit 66% Zustimmung zeigt, dass solche Niederlagen kein Naturschicksal sind. Die häufigste Erklärung in den bürgerlichen Medienorganen ist deshalb, dass das schlechte demokratische Abschneiden Folge der politischen (Entscheidungs-)Schwäche von Obama sei. Dieser habe sich vom »triumphalen, anerkannten Helden der Demokraten zu einem Mühlstein um den Hals seiner Partei und ihrer Wahlausichten« entwickelt, so die *Washington Post* (3.11.2014).

Herangezogen werden für diese These das Software-Desaster der Obama-Gesundheitsreform, der Rückzug von der »roten Haltelinie« in Syrien, der »Zwang« zur Rückkehr in den Irak, das imperiale Ringen des Westens mit Russland um die Ukraine, der israelische Gazakrieg, Obamas Scheitern in Sachen Schusswaffenregulierung und die Tatsache, dass die Ebola-Pandemie die USA erreichen konnte.

»It's the Economy, Stupid!« Again, But Why?

Die nationalen Exit-Polls sprechen allerdings eine andere Sprache.¹ Die wichtigste Frage ist nicht etwa die Außen-, Gesundheits- oder Einwanderungspolitik, sondern immer noch und mit großem Abstand die Wirtschaft. 45% der Wähler_innen nannten sie als wahlentscheidend. Die wirtschaftliche Lage wurde dabei von einer großen Mehrheit als negativ beschrieben. Sieben von zehn Wähler_innen sagten den Exit Polls zufolge, dass die US-Wirtschaft sich in einem schlechten Zustand befinde. Dabei gingen 31% davon aus, dass die Lage sich noch verschlechtern werde; nur 35% erwarteten eine Besserung. Insgesamt sagten 65% (zu 31%), dass die USA sich in die falsche Richtung entwickelten (ein Anstieg um 12% seit 2012). Zugleich ging die Hälfte der Wähler_innen davon aus, dass die nächste Generation schlechter dran sein wird als die gegenwärtige. Dies ist der höchste gemessene Wert seit 1996. Kurzum, *die USA sind von einem immensen gesellschaftlichen Zorn über die wirtschaftlichen Verhältnisse gekennzeichnet*.

Diese Umfrageergebnisse sind auf den ersten Blick überraschend. Seit Monaten preisen die bürgerlichen Medien diesseits wie jenseits des Atlantiks den US-Wirtschaftsaufschwung. Während nach Angaben der Statistikbehörde der Europäischen Kommission Eurostat die Krise im Euroraum bei einem Minuswachstum von 0,4% im Jahre 2013 und Quasi-Nullwachstum in den ersten zwei Quartalen 2014 (0,2% und 0,0%) zurückgekehrt ist, scheinen die Verhältnisse in den USA rosiger, liefern die reinen Wachstumswerte ein Bild der Erholung. So stieg das BIP im dritten Quartal 2014 um vergleichsweise beachtliche 3,5%; im zweiten hatte es sogar eine Steigerung von 4,6% gegeben. Damit liegt das Wachstum 2014 nicht nur deutlich höher als im Euroraum, sondern auch deutlich über dem Jahresdurchschnitt der letzten Jahre.

Mitverantwortlich für die Wirtschaftserholung ist im Rahmen der auf exportorientierte »Reindustrialisierung« abzielenden neuen Wettbewerbs- und Wachstumsstrategie von Obama ein dynamischer Export mit 11,1% Wachstum im zweiten Quartal und 7,8% im dritten. Die Massenarbeitslosigkeit sinkt weiter. Zum Zeitpunkt von Obamas Wiederwahl im November 2012 waren noch 7,8% der US-Amerikaner_innen arbeitslos gemeldet; seither ging die Quote kontinuierlich auf 5,8% im Oktober 2014 (Euroraum 11,5%) zurück.

Vor dem Hintergrund der schwachen Wachstumswerte aus Europa und China sorgte dieses Wachstum zugleich dafür, dass die globalen Vermögensbesitzer auf der verzweifelten Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten und vor dem Hintergrund der Nullzinspolitik der Zentralbanken den USA eine Börsenhausse verschafften, die den Dow Jones kurz vor den Wahlen auf Rekordkurs brachte.

Entsprechend brüstete sich auch Obama mit der Wirtschaftsentwicklung und wurde dafür – wohl aus Furcht vor den marktradikalen Tea-Party-Republikanern – sogar von keynesianischer Seite gelobt.² Im Wahlkampf pries Obama dies als »die längste ununterbrochene Periode der Arbeitsplatzentstehung im Privatsektor in unserer Geschichte«, die auch ein »Resultat vernünftiger Entscheidungen meiner Regierung« gewesen sei. Es stehe »außer Frage, dass unsere Wirtschaft heute stärker ist als zum Zeitpunkt meines Amtsantritts« (zit.n. *The Atlantic*, 2.10.2014).

Als Wahlanalytiker steht man somit vor einem Rätsel: Woher rührt der ökonomische Pessimismus und die tiefsitzende gesellschaftliche Unzufriedenheit trotz der positiven Wirtschaftsdaten? Und wie konnte es im Kontext der wirtschaftlichen Erholung zur vernichtenden Niederlage der Demokraten kommen?

Das politische System der USA in der Legitimations- und Repräsentationskrise

Bevor diese Fragen beantwortet werden können, ist ein weiteres bemerkenswertes Ergebnis der Exit Polls zu betrachten. Dies ist die verwirrende Tatsache, dass sich der Zorn der Bevölkerung nicht nur gegen Obamas Demokraten, sondern gegen beide Parteien im US-Zweiparteiensystem richtet. Sage und schreibe 59% der aktiven Wähler_innen, die den Republikanern zum Sieg verhalfen, sagten aus, dass sie wütend auf die Führer der Republikaner sind. 92% aller Anhänger_innen der Republikaner gaben zu Protokoll, sie seien aus »Opposition zu Obama« zur Wahl gegangen. Tatsächlich ist die siegreiche Republikanische Partei als solche – nicht zuletzt seit dem Tea-Party-Regierungsschuttdown vom Oktober 2013, der zu einem anhaltenden Umfragetief führte – paradoxerweise bei denen, die ihre Stimme abgaben, sogar noch verhasster als die unterlegenen Demokraten: Eine Mehrheit von 56% aller Wähler_innen hat ein (eher) negatives Bild von den Republikanern, nur 40% ein (eher) positives Bild gegenüber 53% zu 44% bei den Demokraten. Und in einer Umfrage von *NBC News* und *Wall Street Journal* hatten sogar nur 29% der Bevölkerung insgesamt ein positives und 47% ein negatives Bild von den Republikanern. Erwartungsgemäß schnitten auch hier die Demokraten noch etwas besser ab: 36% posi-



Karikatur: Economist

tiv, 43% negativ (*NBC News*, 2.11.2014). Die USA sind also von einer Krise der politischen Repräsentation gekennzeichnet, insofern sich die US-Bevölkerung grosso modo von den beiden (alles) dominierenden Parteien offenkundig nicht mehr länger vertreten fühlt. Die Repräsentationskrise lässt sich auch anhand der niedrigen und gesunkenen Wahlbeteiligung festmachen. Diese ging im Vergleich zu den Zwischenwahlen 2010 noch einmal um fünf und im Vergleich zur Wahl 2012 um 22 Prozentpunkte zurück. Nur 36,4% der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab. Dies war die geringste Wahlbeteiligung seit den Zwischenwahlen von 1942 (*Washington Post*, 10.11.2014).

Im Übrigen geht der Vertrauensverlust noch weit über das Zweiparteiensystem hinaus. Denn die Exit Polls offenbaren ein Misstrauen hinsichtlich der Funktionsfähigkeit der bürgerlichen Demokratie insgesamt: Es werden nicht nur beide politischen Parteien abgelehnt, sondern alle politischen Institutionen, darunter der Kongress (78% Ablehnung) und das Präsidentenamt. Nur zwei von zehn Wähler_innen glauben etwa, dass die Regierung in Washington »richtig« oder »meistens richtig« handelt. 79% sagen, sie trauen der Regierung nur »manchmal« oder »nie«. Vor diesem Hintergrund lässt sich auch von einer tiefen Legitimationskrise des politischen Systems der USA überhaupt sprechen. Der Pessimismus hinsichtlich der Funktionsfähigkeit der bürgerlichen Demokratie kommt dabei nicht bloß von unten. Auch in den bürgerlichen Funktionsebenen sitzt er tief und ist als diskursives Lamento über die »Unregierbarkeit« und die »Dysfunktionalität« des US-Staates omnipräsent.

Unter »normalen« Umständen müsste eine solche Repräsentations- und Legitimationskrise den Aufstieg von neuen Parteiformationen begünstigen. Die Rahmenbedingungen in den USA unterscheiden sich diesbezüglich nicht von (West-)Europa und dem Aufstieg euroskeptischer Parteien von links und rechts seit Beginn der Eurokrise. Im Gegensatz zu Europa zementiert bislang allerdings das US-Mehrheitswahlrecht noch das System der weitgehend diskreditierten zwei Parteien und verhindert so den Aufstieg von politischen Alternativen in Gestalt von Drittparteien (einschließlich nichtbürgerlicher sozialistischer [Arbeiter-]Parteien).

Es gibt jedoch noch einen zweiten Grund, warum das Zweiparteiensystem fortbesteht: das privatisierte System der US-

Wahlkampffinanzierung. Denn die Zwischenwahlen setzten den Trend der stetigen Verteuerung der US-Wahlen fort. Nach Angaben des *Center for Responsive Politics* waren die Wahlen 2014 mit 3,67 Mrd. US\$ die teuersten Zwischenwahlen in der Geschichte. Hinzu kommen Gelder, die der Bundeswahlbehörde nicht offengelegt werden müssen.

Entscheidend ist dabei, dass sich beide Parteien in Bezug auf die Spenden wenig unterscheiden. Beide sind letztlich bürgerliche Parteien, die von verschiedenen Kapitalfraktionen dominiert werden. Zwar werden die Republikaner von den Vermögensbesitzern geringfügig bevorzugt. Sie verfügten auch 2014 nach Angaben des CRP über etwas mehr Geld: 1,92 gegenüber 1,76 Mrd. US\$ aufseiten der Demokraten. Das Problem ist jedoch nicht, dass etwa die Vermögensungleichheit die Wahlen zugunsten von einer Partei entscheidet, sondern dass das Wahlkampffinanzierungssystem die Kandidaten aller Parteien von Spenden und damit den Interessen der Konzerne und Vermögensbesitzer abhängig macht und kapitalunabhängige Alternativen grundsätzlich verunmöglicht. Es verwundert deshalb auch nicht, dass die US-Bevölkerung einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *Reason-Rupe* vom April 2014 zufolge im Durchschnitt 75% aller Kongressabgeordneten als »korrumpiert durch Wahlkampfspenden und Lobbyisten« ansieht (*Reason*, 3.4.2014).

Kurzum, die Repräsentations- und die tiefe Legitimationskrise des politischen Systems in den USA schreien förmlich nach einer Reform des Mehrheits- zugunsten eines Proporzwahlrechts, einer strikten Regulierung der Wahlkampffinanzierung und letztlich nach einer systematischen Reduzierung der Vermögensungleichheit.

In Bezug allerdings auf die zuvor aufgeworfene Frage nach den Ursachen des US-Wirtschaftspessimismus einerseits und der Wahlniederlage der Demokraten andererseits gesellen sich mit diesen Befunden zur Repräsentations- und Legitimationskrise nun noch zwei weitere klärungsbedürftige Rätsel hinzu: Wenn die Republikaner als Partei sogar noch unbeliebter in der Gunst derjenigen sind, die ihre Stimme abgegeben haben, wie konnte es dann überhaupt zu ihrem Wahlsieg kommen? Und wie erklärt sich – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der vergleichsweise positiven Wirtschaftsdaten – der Vertrauensverlust in die Funktionsfähigkeit der bürgerlichen Demokratie?

Republikanische Wahlmanipulation?

Einige Kommentatoren haben den Sieg der Republikaner teilweise auf Gerrymandering zurückgeführt. Dies beschreibt das Recht von regierenden Politikern, die Grenzen der Wahlbezirke zu verschieben. Der Vorwurf ist, Republikaner würden sich ihre Bezirke so manipulativ zurechtschneiden. Die Praxis des Gerrymandering ist real. Sie existiert wohl auch häufiger aufseiten der Republikaner. Auch wird oft auf Praxen des Wahlausschlusses subalternen Gruppen hingewiesen. Allein in Te-

¹ Die Exit Polls sind Umfragen unter den aktiven Wähler_innen unmittelbar im Anschluss an die Stimmabgabe. Sie sind somit aussagekräftig, aber zugleich nur für diese Gruppe repräsentativ, weil sie die Nichtwähler nicht erreichen.

² Vgl. Krugman, Paul, »In Defense of Obama«, in: *Rolling Stone*, 8.10.2014.

xas soll es 600.000 Wahlberechtigte geben, die zwar als Wähler registriert sind, aber daran gehindert werden, an einen zur Wahl berechtigenden Ausweis zu gelangen (MSNBC, 3.11.2014). Trotzdem klingt das oft wie das ungläubige Geheul schlechter Verlierer; als Erklärungen für die Wahlniederlage und geringe Wahlbeteiligung sind sie ohnehin nicht hinreichend.

Wahlenthaltung der demokratischen Klientel

Zunächst einmal lässt sich feststellen: Die Demokraten gewannen auch bei den Zwischenwahlen 2014 wieder recht komfortable Mehrheiten bei den Wähler_innen mit geringen Jahreseinkommen. Nach den Exit Polls der *New York Times* wählten 60% aller Wähler_innen mit einem Einkommen unter 30.000 US\$ (-8%) und 52% aller Wähler_innen mit einem Einkommen unter 50.000 US\$ (-10%) die Demokraten. Umgekehrt erzielten die Republikaner Mehrheiten bei allen Wähler_innen mit einem Einkommen zwischen 50.000 und 100.000 US\$ (53%) und solchen mit einem Jahreseinkommen darüber (56%). Dies ist Teil des fortbestehenden und oft übersehenen Klassenwahlverhaltens in den USA, das umso bemerkenswerter ist als es sich bei den Demokraten historisch um eine nur quasi-sozialdemokratische, faktisch aber linksbürgerliche Honoratiorenpartei handelt, die nichts mit den klassisch-sozialdemokratischen oder gar kommunistischen, programmatischen Massen(arbeiter)parteien westeuropäischen Zuschnitts gemein hat.

Der entscheidende Grund für die Niederlage der Demokraten ist allerdings die Wahlenthaltung der Masse der unteren Klassen angesichts der tiefen Enttäuschung über die Politik Obamas. Dazu gehören auch die Latinos, die zusammen mit den Schwarzen weit überdurchschnittlich zur Arbeiterklasse und den unteren Einkommensschichten gehören. Während die Schwarzen – mobilisiert durch polizeiliche und rechtszivilgesellschaftliche Todesschüsse auf unbewaffnete Schwarze und die neuen Rassenkonflikte in Ferguson (Missouri) – sich mit 12% Anteil an allen Wähler_innen – trotz der Enttäuschung über Obamas Ferguson-»Verrat« – entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil an der Wahl beteiligten und immer noch mit einer überwältigenden Mehrheit von 90% (-4%) demokratisch stimmten, betrug der Anteil der Latino-Wähler_innen 2014 bloß noch 8%, d.h. weniger als die Hälfte des 17%-Anteils an der Gesamtbevölkerung.

Neben den Latinos betrifft der Rückgang bei der Wahlbeteiligung vor allem die Jungwähler_innen unter 30. Sie sind seit einer Dekade eine demokratische Kernwählergruppe. So stiegen die Sympathien der jungen Generation für diese Partei seit der Wahl 2004 stetig an. 2008 hat diese Gruppe Obama und die Demokraten mit einer überwältigenden Mehrheit von 66% unterstützt. Noch bei den Wahlen 2012 wählten noch 60% aller Jungwähler_innen den Präsidenten. Und auch diesmal stimmten sie noch zu 55% für seine Partei. Jedoch verringerte sich der Anteil der Jungwähler_innen an allen abgegebenen Stimmen von 19% 2012 auf nun lediglich 12%; der Anteil der Wähler_innen über 60 Jahren lag so bei 37%.

Für Deutschland haben Sozialwissenschaftler wie Armin Schäfer den Klassencharakter der »Nichtwählerpartei« belegt.³ Auch in den USA gehen die wohlhabenderen Klassen tendenziell eher zur Wahl. Daraus folgt: Je geringer die Wahlbetei-

ligung, desto schlechter sind die unteren arbeitenden Klassen beim Wahlergebnis repräsentiert. Insofern diese aber seit Jahrzehnten mehrheitlich demokratisch wählen, liegt es auf der Hand, dass die Republikaner von einer niedrigen Wahlbeteiligung profitieren. Sie konnten die Wahlen also deshalb gewinnen, weil sie ihre tendenziell wohlhabendere Wählerklientel mobilisiert haben, während viele frühere Obama-Wähler_innen aus Enttäuschung nicht zur Wahl gingen. So gelang den Republikanern das Kunststück, die Repräsentantenhauswahlen mit einem Stimmenanteil von 53% zu gewinnen, obgleich mit 19% weniger als jeder fünfte Wahlberechtigte ihnen seine Stimme gab (2014G United States Election Project).

Was sind Ursachen für die Wahlenthaltung der traditionellen demokratischen Wählerklientel? Woher rühren ökonomische Wut bei den Wähler_innen und Desillusionierung bei den Nichtwähler_innen?

Ein Piketty-Amerika: Land der Ungleichen...

Als Obama 2012 im Amt bestätigt wurde, wurde die Wahl auch vom Thema Wirtschaft bestimmt. Sie erfolgte im Kontext einer intensiven Debatte über wachsende soziale Ungleichheit, die sozioökonomischen Auswirkungen der Krise und der Austeritätspolitischen Wende vom Frühjahr/Sommer 2010. Dieses gesellschaftliche Klima erklärt die ungeheure Resonanz des im April 2014 auf Englisch erschienenen Buches *Capital in the 21st Century* des französisch-amerikanischen Ökonomen Thomas Piketty.

Nach seiner Wiederwahl – bei Zustimmungswerten noch von 54% – sah Obama vor diesem Hintergrund für sich ein klares, »einziges Mandat: der Mittelschicht und den hart arbeitenden Familien zu helfen, die in die Mittelschicht aufsteigen wollen« (zitiert nach *Washington Post*, 3.11.2014). Den aktuellen Wahlkampf seiner Partei unterstützte er mit Forderungen nach einer Mindestlohnerhöhung und »gleichem Lohn für gleiche Arbeit« der Geschlechter. Wie bemisst sich also die Wirtschaftsentwicklung anhand dieses Wahlversprechens und -auftrags?

Festzuhalten ist zunächst: Einen Kapitalismus ohne krasse Vermögensungleichheit gibt es nicht. Das Verdienst von Piketty ist es, auf der Grundlage einer immens umfangreichen Datenbank historisch-statistisch darzulegen, dass der Kapitalismus aus seiner inneren Logik zu einer Konzentration von Kapital in den Händen immer weniger Großvermögender führt, die nur



durch eine radikale Abschöpfung akkumulierter Vermögen durch den Steuerstaat wenigstens aufgehalten werden kann.⁴ Er entlarvt so das »Märchen vom Gleichheitskapitalismus«.⁵

Für die USA haben Gabriel Zucman, ein Schüler von Piketty, und Emmanuel Saez auf der Grundlage des von ihnen angesammelten Datenmaterials von 1913 bis heute aufgezeigt, dass die obersten 10% der US-Bevölkerung nie weniger als 63% des US-Gesamtvermögens besessen haben.⁶ Dazu gehört auch jene Phase der fordistischen Hochbesteuerung von Kapitalerträgen, Erbschaften und Spitzeneinkommen unter dem demokratischen Präsidenten Roosevelt (und seiner unmittelbaren Nachfolger), als u.a. ein Spitzensteuersatz von 94% auf alle Einkommen über 200.000 US-Dollar galt. Zugleich belegen die historischen Studien von Saez und Zucman auch einen dramatischen Anstieg der Vermögensungleichheit in den USA seit den 1980er Jahren. Diese Entwicklung ist natürlich nicht zufällig zeitlich identisch mit der neoliberalen Kapitaloffensive in Gestalt des politischen Projekts »Globalisierung«. Die Vermögensungleichheit ist dabei nicht nur das Ergebnis einer angebotsorientierten Wirtschafts- und (Trickle-Down-)Steuerpolitik und der innenpolitischen Bekämpfung und dauerhaften Schwächung der Gewerkschaften. Sie ist auch und gerade Resultat der dramatischen Verschiebung der (globalen) Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit durch die Stärkung der *strukturellen* Macht des Kapitals, d.h. seine Mobilität, auf dem Wege der Handelsliberalisierung/Weltmarktintegration, die die globale Arbeiterbewegung disziplinierte und in den kapitalistischen Kernstaaten – und zuvorderst in den USA – zu einem Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrades, der Streikhäufigkeit und Reallöhne führte. Im Ergebnis besaßen – Saez/Zucman zufolge – 2012 die obersten 10%, d.h. Familien mit einem Durchschnittsvermögen von 2,56 Mio. US-Dollar, 77,2% des US-Gesamtvermögens und die oberen 1% – Haushalte mit einem Durchschnittsvermögen von 13,84 Mio. US-Dollar – 41,8%.

Besonders entscheidend – auch für Pikettys These über das disproportionale Wachstum der Kapitaleinkommen im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft – ist aber: Auch innerhalb der obersten 1% verschiebt sich seit 1980 allmählich und seit 2002 immer rapider das Vermögen – und zwar zugunsten der Megareichen unter den Superreichen. Auch in den USA konzentriert sich der gesellschaftliche Reichtum in 35 Jahren Neoliberalismus zunehmend in den Händen der oberen 0,1%. Dazu gehören heute 160.000 Familien mit einem Nettovermögen von mindestens 20,6 Mio. US-Dollar und einem Durchschnittsvermögen von 72,8 Mio. US-Dollar. Nach einem historischen Rückgang des Anteils dieser Klasse am volkswirtschaftlichen Gesamtvermögen zwischen 1928/29 und 1978, d.h. vom Beginn der Great Depression und dem fordistischen New Deal bis zum Ende des Fordismus, von 25 auf knapp über 7%, ist dieser Anteil – einen kurzen kleinen Einbruch nach dem Platzen der New-Economy-Blase ausgenommen – seither kontinuierlich und rapide angestiegen: Von besagten 7 auf 18% vor dem Beginn der globalen Krise im Jahre 2007. Der Hintergrund dieser Entwicklung ist eine dramatische Konzentration des Kapitals. Nach Angaben von Saez/Zucman stieg der Anteil der 0,1% am steuerpflichtigen Kapitaleinkommen zwischen 1962 und 2009 von 14 auf 34%. Die Obama-Administration hat diesem Prozess keinen Einhalt geboten.

Im Gegenteil, seit dem Beginn der Krise und damit in der Zeit der Obama-Präsidentschaft hat sich dieser Prozess noch einmal beschleunigt. Als Obama im Januar 2009 das Präsidentenamt antrat, lag der Anteil der obersten 0,1% der US-Bevölkerung am US-Gesamtvermögen bei 19% und stieg bis 2012, dem letzten Jahr verfügbarer Daten, auf 22%; und die Kapitalkonzentration beschleunigte sich so, dass der Anteil der 0,1% am steuerpflichtigen Kapitaleinkommen sich nochmals um 8% auf 42% im Jahr 2012, dem letzten Jahr mit verlässlichen Daten, erhöhte.

Obamas Wirtschafts- und Wachstumsstrategie und die Entwicklung seit der Wirtschaftserholung

Die rasante Zunahme der Vermögensungleichheit ist auch unmittelbar mit der neuen Wirtschafts- und Wachstumsstrategie der Obama-Administration verschränkt. Nach dem Scheitern des zögerlichen und auch in der Obama-Administration höchst umstrittenen Versuchs, die expansive Fiskalpolitik für eine grünpolitische Reform und damit Entfinanzialisierung des Kapitalismus zu nutzen, ging die Obama-Administration im Frühjahr/Sommer 2010 zu einer Politik der Austerität über. Die Republikaner, die auf dem Rücken der marktradikalen Tea Party bei den Zwischenwahlen 2010 vollkommen unerwartet reüssiert hatten, bestimmten seither den Diskurs.

Die Wachstums- und Wettbewerbsstrategie der USA unter Obama ist seither eine Strategie der inneren und äußeren Abwertung. Das Ziel der »Reindustrialisierung« und einer Verdoppelung der Exporte bis zum Ende von Obamas zweiter Amtsperiode soll auf der Grundlage von drei zentralen Säulen erreicht werden: 1. Staatlich forcierter Lohndruck, 2. Verringerung der Energiekosten (nach dem Scheitern seines Krisenmanagements vollzog Obama eine 180-Gradwende in Sachen Schiefergas-Produktion [Fracking], Offshore-Ölbohrungen und der Keystone-XL-Ölpipeline für den Import des kanadischen Teersandöls und setzt nun auf Export der fortgeschrittenen Fracking-Technologie vor allem nach Westeuropa), und 3. die Zentralbankpolitik des Quantitative Easing, die den Wert des US-Dollars manipuliert und zugleich die vom Ausland gehaltenen Dollarreserven und damit US-Schulden entwertet.

Diese *Beggar-thy-neighbor*-Strategie auf dem Rücken der US-Lohnabhängigen funktioniert – aus der Perspektive des Kapitals – bislang vergleichsweise gut. Die Entwicklung der Produktionsfaktorkosten zeigt die wachsende Wettbewerbsfähigkeit der USA. Während die Produktivität in der Eurozone seit dem Übergang zur Austeritätspolitik stetig von 1,3% (2011) auf 0,7% (2013) gefallen ist, stieg sie in den USA von 0,3% (2011) stetig auf 2,1% im dritten Quartal 2014. Zugleich stagnieren oder sinken die Reallöhne für die Industriearbeiter und An-

³ Schäfer, Armin, u.a., Prekäre Wahlen, Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013, Studie der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2013.

⁴ Vgl. Piketty, Thomas, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München 2014.

⁵ Rilling, Rainer, »Thomas Piketty und das Märchen vom Gleichheitskapitalismus«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 11/2014.

⁶ Vgl. Saez, Emmanuel/Zucman, Gabriel, *Wealth Inequality in the United States since 1913. Evidence from Capitalized Income Tax Data*. National Bureau of Economic Research Working Paper 20625, Cambridge, MA, October 2014, online: <http://gabriel-zucman.eu/files/SaezZucman2014.pdf>.

gestellten in nichtleitenden Funktionen. Die Lohnquote, d.h. der Anteil der Löhne am Volkseinkommen, die 1977 noch bei 80% lag und seither fällt, befindet sich entsprechend dieser beschleunigten Auseinanderentwicklung von Arbeitsproduktivität und Löhnen seit Beginn der Krise im freien Fall: Von 66% (2007) auf 60% (2013).

Diese Entwicklung hilft auch, das Wachstum der Vermögensungleichheit zu erklären, denn während die US-Gewerkschaften bis Ende der 1970er Jahre immerhin in Sachen produktivitätsorientierter Lohnpolitik weitgehend erfolgreich waren, entwickeln sich Reallöhne und Produktivität seither immer stärker auseinander. Nach Angaben des *Economic Policy Institute* stieg die Produktivität zwischen 1947 und 2012 um 243,1%, die Realstundenlöhne dagegen stiegen seit Mitte der 1970er Jahre nicht mehr und verharren bei einer Steigerung von 108,9% im Vergleich zu 1947.

Kehrseite des Wirtschaftswachstums: Niedriglohnoökonomie und Erosion der Mittelklasse

Mit dieser Entwicklung geht eine Erosion der Mittelklasse einher. Der Anteil der unteren 90% der US-Bevölkerung, der auf seinem Höhepunkt Mitte 1985 noch bei knapp 37% des US-Gesamtvermögens lag, fiel bis zum Beginn der Krise 2007 zum ersten Mal wieder auf den Stand der Großen Depression: auf nur noch 25%. Im Zuge der Krise und unter Obama sank er weiter auf nur noch knapp über 23%. In einer Umfrage des *Pew-Umfrageinstituts* vom August 2014 gaben 56% der US-Amerikaner an, dass ihr Haushaltseinkommen nicht mit den Lebenshaltungskosten Schritt halte. Im September 2007, d.h. zu Beginn der Krise, hatten dies nur 44% gesagt.

Die Obama-Administration hat sich wie gesagt selber ein gutes Zeugnis ausgestellt, weil der Privatsektor in 49 aufeinanderfolgenden Monaten ein Nettoplus an Arbeitsplätzen geschaffen hat (während die Regierung zugleich ihr größtes Messer an die öffentliche Beschäftigung anlegte).⁷ So entstanden im Zuge der »Wirtschaftserholung« seit Februar 2010 8,9 Millionen Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft. Die Arbeitslosigkeit sinkt.

Allerdings verzerren die offiziellen Zahlen das Ausmaß der Arbeitslosigkeit. Denn als beschäftigt gilt jeder, der keine Gelder aus der Arbeitslosenversicherung bezieht, sowie alle Beschäftigten, die im letzten Monat wenigstens vier Stunden gearbeitet haben. Auf diese Weise verschwinden alle Arbeiter aus dieser Statistik, die (1.) krass und unfreiwillig unterbeschäftigt sind, die (2.) die maximal 99 Wochen Bezugsdauer der Arbeitslosenversicherung ausgeschöpft haben, die (3.) aufgrund der Arbeitsmarktlage zwangsweise sich in Frührente begeben oder es (4.) aufgegeben haben, nach Arbeit zu suchen. Bezieht man sie mit ein, liegt die Massenarbeitslosigkeit im dritten Quartal 2014 immer noch bei 12,5%.

Entscheidender für die ökonomische Wut in den USA ist allerdings, welche speziellen Jobs sich hinter den neu entstandenen Arbeitsplätzen verbergen. So kam eine Studie der *Federal Reserve Bank* von San Francisco vom Februar 2013 zu dem Ergebnis, dass nur 21% der mit der Krise vernichteten Arbeitsplätze im Niedriglohnsegment (mit einem Stundenlohn zwischen 7,69 und 13,83 US\$) lagen, 60% im mittleren und 19%



Karikatur: Economist

im Hochlohnsegment. Von den während des – im Februar 2010 einsetzenden – Aufschwungs neu entstandenen Jobs befinden sich dagegen 58% im Niedriglohnsektor und nur 22% im mittleren und 20% im Hochlohnsegment. »Viele Mittelschichtsarbeiter«, so die Autoren der Studie, »haben ihre Arbeitsplätze verloren und sofern es ihnen überhaupt gelungen ist, neue Arbeit zu finden, verdienen sie heute bei weitem weniger als noch vor der Krise.« (*Washington Post*, 28.2.2013)

Diese Befunde wurden von der Studie »The Low-Wage Recovery« des gewerkschaftsnahen *National Employment Law Project* bestätigt: Im Niedriglohnsektor arbeiten heute (Stand: Februar 2014) 1,85 Mio. US-Arbeiter mehr als vor Beginn der großen Krise im Januar 2008, während im Hochlohnsegment trotz des Rückgangs der Massenarbeitslosigkeit heute 976.000 Arbeitsplätze weniger existieren als damals.

Hinzu kommt, dass die Zahl der Arbeitsplätze zwar kontinuierlich steigt, die der Arbeitsstunden aber kaum. Die Erklärung hierfür ist die seit der Krise grassierende unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung. So stieg bis Juni 2014 die Zahl der Teilzeitbeschäftigten, die gerne Vollzeit arbeiten würden, nach Angaben des US-Arbeitsministeriums noch einmal von 275.000 auf 7,5 Mio. (vgl. *USA Today*, 6.7.2014) und stagniert seither mehr oder weniger auf diesem hohen Niveau.

Diese Entwicklung wird auch durch Obamas Krankenversicherung begünstigt. Obamas halbherzige Reform führte eine Versicherungspflicht für alle US-Amerikaner_innen ein. Außerdem verpflichtete er alle Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten, für alle Arbeiter, die mehr als 30 Wochenstunden arbeiten, eine Krankenversicherung bereitzustellen. Teilzeitjobs sind für die Konzerne entsprechend lukrativ, weil sie es ihnen ermöglichen, keine Lohnzusatzzahlungen (keine Gesundheitsversicherung etc.) zu bezahlen. Nun ist die Zahl der Unversicherten seit der Einführung des Versicherungszwangs von fast einem Viertel der US-Bevölkerung deutlich auf 13,1% gefallen. Wieviel hierbei auf das neue Statistikverfahren der Regierung zurückzuführen ist, dem zufolge man auch dann als versichert gilt, wenn man irgendwann im Kalenderjahr eine Krankenversicherung hatte, ist schwer zu beziffern. Fest steht, dass ein signifikanter Teil der Bevölkerung keine Krankenversicherung über den Arbeitsplatz erhält und sich zugleich keine private Versicherung leisten kann oder stattdessen lieber die Geldstrafen für

Nichtversicherung in Kauf nimmt. Seit Kurzem steigt die Zahl der Unversicherten auch wieder.

Generation Krise

Von der allgemeinen Arbeitsmarktentwicklung und Prekarisierung ist eine Bevölkerungsgruppe besonders betroffen: die junge Generation. Sie hatte somit guten Grund, sich bei der Zwischenwahl 2014 der Stimme zu enthalten. Unter den 18-34-Jährigen verfügen nach Angaben des *US Census Bureau* weit überdurchschnittliche 22,7% über keine Krankenversicherung, d.h. fast jeder vierte Amerikaner in dieser Altersgruppe ist ohne Krankenversicherung. In der Gruppe der Unversicherten gehört mit 44% fast die Hälfte dieser Gruppe an (*CBS News*, 24.9.2014). Dies hängt auch damit zusammen, dass die junge Generation besonders stark von Unterbeschäftigung betroffen ist; Ende 2012 lag sie bei den 18-29-Jährigen nach Angaben des Umfrageinstituts *Gallup* bei 32%, Tendenz steigend. Entsprechend spricht man von ihr schon längst von der »verlorenen Generation«: »Gut ausgebildet, in Sackgassenjobs oder der Arbeitslosigkeit gefangen, bei den Eltern wohnend und auf staatliche Unterstützung angewiesen« (*CNBC*, 22.2.2014). Tatsächlich leben nach Angaben des *Pew Research Centers* 36% der 18-31jährigen noch oder wieder bei den Eltern – ein historischer Rekord und Anstieg von 32% seit Beginn der Krise 2007 (*CNBC*, 2.8.2013).

Ein Hintergrund dieser Entwicklung und der wachsenden Vermögensungleichheit in den USA ganz allgemein ist die sinkende und seit 1997 negative Sparquote der unteren 90%, d.h. ihre Verschuldung. Einen großen Anteil daran hat die Verschuldung durch Studienkredite. Davon ist ebenfalls die junge Generation besonders betroffen. Nach einer Studie der *Pew*-Forschungsgruppe waren 66% der 18-31-Jährigen auf Kredite angewiesen, um ihr Studium zu finanzieren. 1995 waren das noch lediglich 59%. Verantwortlich dafür ist die Explosion der Studiengebühren. Nach Angaben des *Wall Street Journal* (8.10.2013) stiegen die durchschnittlichen Studiengebühren im letzten Jahrzehnt dreimal so stark wie die Durchschnittsinflation und auch zweimal so schnell wie die ebenfalls explodierenden Gesundheitskosten. Die Krise hat eine Katalysatorfunktion für diese Entwicklung, da die staatlichen Universitäten die Kürzungen im Übergang zur Austeritätspolitik durch Gebührenerhöhungen auszugleichen versuchen.

So steckt die Generation Krise in einer erbarmungslosen Zwickmühle. Denn während die Studiengebühren dramatisch angestiegen sind und ihr Anstieg sich im Zuge der Krise und dem Übergang zum Austeritätszeitalter noch einmal dramatisch beschleunigt hat, stagniert das Durchschnittsgehalt für Arbeiter mit einem Hochschulabschluss schon seit Mitte der 1980er Jahre. Die *College-Prämie*, d.h. die durchschnittliche Lohndifferenz zwischen Arbeitern mit und ohne einen Bachelor- oder höheren Abschluss, steigt nur deshalb, weil die Löhne für Arbeiter ohne Hochschulabschluss oder ohne eine zweijährige (ebenfalls gebührenfinanzierte) *College-Berufsausbildung* seit 1979 um 21,7% gefallen sind (*New York Times*, 11.2.2014). Mit anderen Worten: Junge Arbeiter, die sozial aufsteigen oder wenigstens nicht sozial absteigen wollen, sehen sich einem Zwang zum Hochschulabschluss ausgesetzt, auch wenn sich ein Studium für

sie immer weniger lohnt und sie nach Bachelor-Abschluss auf einem durchschnittlichen Schuldenberg von 26.000 US-Dollar sitzen (*Forbes*, 7.8.2013).

Die vom *Wall Street Journal* als »Teilzeit-Niedriglohnepidemie« (5.11.2012) beschriebene Entwicklung betrifft nun vor allem die junge Generation – mit und ohne Hochschulabschluss. Immer mehr junge Akademiker finden nur noch Jobs im Niedriglohnsektor – wenn sie denn überhaupt Arbeit finden. Einer Studie der *Federal Reserve Bank of New York* zufolge sind 8,5% aller jungen Hochschulabsolventen arbeitslos, weitere 23% sind unfreiwillig teilzeitbeschäftigt. Besonders erschreckend ist allerdings, dass 44%, d.h. fast die Hälfte von ihnen, überqualifiziert sind, d.h. Jobs nachgeht, die keinen Hochschulabschluss erfordern und entsprechend häufig im Niedriglohnsektor angesiedelt sind.

Heimat der Entmutigten: Eine rechte Wahl durch »linke« Nichtwahl

Die jüngere Generation ist also die Gebeutelte der Entwicklung des Krisenkapitalismus seit 2007/2010. Zugleich erkennt sie die Entwicklung als Problem an: Eine Umfrage des *Institute of Politics* der Harvard-Universität vom Frühjahr 2014 fand heraus, dass 64% der 18-31-Jährigen davon ausgehen, dass die Schere zwischen »den Reichen und allen anderen in Amerika« heute größer ist als zum Zeitpunkt ihrer Geburt. Eine Mehrheit von 52% sagte, diese Entwicklung sei ein großes Problem; zwanzig weitere Prozent sahen darin ein kleines Problem. Auch in der Gesamtbevölkerung wächst der Antikapitalismus. In den *NBC Exit Polls* beantworteten 63% aller Wähler_innen die Frage »Denken Sie, dass das US-Wirtschaftssystem allgemein die Reichen bevorzugt [oder] für die meisten Amerikaner gerecht ist?« mit »bevorzugt die Reichen«; nur 32% halten es »für die meisten Amerikaner gerecht«. Dieses Bewusstsein und die ökonomisch bedingte Unzufriedenheit, die Erfahrung, dass der Deal »Wohlstand durch Leistungsbereitschaft« nicht mehr funktioniert, sind der Hintergrund für die tendenzielle Linksorientierung der jungen US-Generation. Die Umfragen von 2009 und 2011, denen zufolge im antikommunistischen Land des Westens unter der Hegemonie von zwei bürgerlichen Parteien mehr Jungwähler_innen unter 30 den Kapitalismus negativ assoziieren (47 zu 46%) und zugleich mehr Jungwähler_innen den Sozialismus – was auch immer darunter verstanden wird – für etwas Positives halten (49 zu 42%) sind ein Beleg hierfür. Das Gleiche gilt für die *Occupy-Bewegung*, die auch eine Bewegung der prekarisierten und absteigenden Mittelklassen gewesen ist.

Im August 2014 wurden diese Umfragen in einer großen Meinungsumfrage des Instituts *Reason-Rupe* nochmals bestätigt. Während von allen Amerikanern 36% ein positives und 58% ein negatives Bild vom Sozialismus hatten, sah eine Mehrheit von 53% der 18-29-Jährigen Sozialismus als etwas Positives und nur 43% als etwas Negatives an.

⁷ Während unter Bush die Zahl der öffentlich Beschäftigten von 19,0 (2000) auf 21,3 Mio. (2008) stieg, wurden seit Obamas Amtsantritt 2009 bis Oktober 2013 1,6 Mio. Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor vernichtet. Seither stagniert die öffentliche Beschäftigung und liegt im Oktober 2014 bei 19,95 Mio.

Wenn also die Wut über die ökonomischen Verhältnisse eine »linke« ist, wie kommt es dann zu einem Wahlsieg der Rechten? Tatsache ist, dass Obama und die Demokraten – gemessen an ihren Taten – für die junge Generation nicht die Lösung, sondern spätestens seit der austeritätspolitischen Wende vom Frühjahr/Sommer 2010 Teil des Problems sind. Die Enthaltung bei der Wahl zweier falscher Alternativen unter den vielen früheren Obama-Unterstützer_innen, gerade in der Jugend, drückt dies aus. Dass sie nicht nach rechts rückte, ist durchaus bemerkenswert. In der Wut gegen beide Parteien drücken sich auch der um sich greifende Zynismus und das gesunkene Vertrauen in die Institutionen der bürgerlichen Demokratie aus. Dieser ist für jede politische Kraft eine große Herausforderung. Er führte auch zur Wahlenthaltung vieler potenzieller Demokraten-Unterstützer_innen, auch und gerade in der Generation Krise. Die Harvard-Umfrage fand heraus, dass das Vertrauen der 18-31-Jährigen in den Präsidenten stetig sinkt (vom Rekordtiefpunkt von 39% in 2013 weiter auf 32% 2014) und auch das in die Institutionen, wenn 62% aussagen, dass »Volksvertreter nur egoistischen Interessen zu verfolgen scheinen«.

Bei den Präsidentschaftswahlen 2012 war es Obama noch gelungen, seine Basis mit Warnungen vor dem »Tea-Party-Markttradikalismus« zu mobilisieren. Dies gelang bei den Zwischenwahlen 2014 nicht mehr. Das hängt natürlich auch mit dem dezentralen Charakter dieser Wahlen und dem damit fehlenden zentralen Feindbild zusammen. Vor dem Hintergrund der Repräsentations- und Legitimationskrise aber ist auch diese Wahl eine Wahl der Enttäuschung. Die Republikaner gewannen die Wahl »faktisch mit einer Sache: Damit, was sie das Scheitern von Präsident Obama genannt haben«, so die Herausgeber der *New York Times* (5.11.2014).

Fazit: Keine Rechtswende, sondern linkes Vakuum!

Eine Befürwortung rechter wirtschaftspolitischer Ideen war diese Wahl nicht! Die Republikaner gewannen mit einer schlichten Negativwahlkampagne, worin sich die Repräsentations- und Legitimationskrise in den USA spiegelt. Zugleich finden sich seit Jahren Mehrheiten für linke Positionen wie eine Mindestloohnerhöhung oder die Verteidigung der Rentenversicherung gegen die Privatisierung. Vor die Alternative gestellt zwischen »Schuldenabbau« (sprich: Sozialabbau) und öffentlichen Beschäftigungsprogrammen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und Behebung der Infrastrukturkrise bevorzugen nach Angaben des Umfrageinstituts *Reason-Rupe* 74% Letzteres (*Reason*, 14.8.2014). Und einer Umfrage des Pew-Meinungsforschungsinstituts (23.1.2014) zufolge sehen 65% einen Anstieg der sozialen Ungleichheit, weshalb 69% der Bevölkerung sich wünschen, dass »die Regierung viel/etwas zur Reduzierung der Ungleichheit unternimmt«.

Gegen die These einer Rechtswende spricht auch die Tatsache, dass trotz des Versagens der Demokraten, ihre Wahlbasis zu mobilisieren, sich parteiübergreifend große Mehrheiten in sämtlichen gleichzeitig stattfindenden Volksabstimmungen fanden, bei denen es um die soziale Frage ging. So stimmten nicht nur in Oakland und im »linken« San Francisco, einer der teuersten

Städte der Welt, 72% der Wähler_innen für eine Anhebung des Mindestlohnes auf 15 US\$, sondern auch in republikanisch kontrollierten Staaten fanden sich hierfür breite Mehrheiten. Hinzu kommt, dass in dem eher links orientierten Staat Massachusetts 60% für die gesetzliche Einführung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall stimmten.

Der Hintergrund für die Erfolge ist dabei die Entstehung einer neuen Bewegung der Arbeiter in der Fast-Food-Gastronomiebranche. Angefangen hat diese Bewegung mit dem Streik der Fast-Food-Arbeiter 2012 in New York City. Von hier aus breitete sie sich über das ganze Land aus. Ende August 2013 kam es zu Streiks in Hunderten von Restaurants in 50 US-Städten (*NBC News*, 29.8.2013). Im September 2014 gab es – auf der Grundlage einer zwei Jahre langen Kampagne der Dienstleistungsgewerkschaft SEIU – Streiks in 150 Städten der ganzen USA für die Erhöhung des Stundenlohnes auf 15 US\$ in der gesamten Industrie und das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Nur durch solche Bewegungen kann der notwendige Druck für einen Politikwechsel aufgebaut werden. Zugleich könnte das die Basis für den Aufbau einer neuen politischen Linkskraft bilden, für die spätestens seit der Krise und dem nun auch massensubjektiven Ende des Amerikanischen Traums ein Vakuum entstanden ist.

In der Demokratischen Partei entfaltet sich derweil ein Richtungskampf. Während die Lieblingskandidatin der Wall Street und neuerdings auch der außenpolitischen Neocon-Hardliner, Hillary Clinton, von den bürgerlichen Medien bereits als Präsidentschaftskandidatin der Demokraten auserkoren worden ist, regt sich Widerstand an der Parteibasis und hoffen viele auf Gegenkandidaturen seitens der linkspopulistischen Elizabeth Warren oder des unabhängigen sozialistischen Senators Bernie Sanders aus Vermont.

Zur Repräsentations- und Legitimationskrise in den USA gehört, dass drei der vier aussichtsreichsten potenziellen Präsidentschaftskandidaten der Republikaner einer Umfrage von *Washington Post* und *ABC News* zufolge nicht nur bei allen Wähler_innen unpopulär sind, sondern auch die republikanische Wählerbasis sie – einschließlich des Tea-Party-Populisten Paul – tendenziell ablehnt. Immerhin hat ein neues »Talent« die politische Bühne betreten: So wurde der 38-jährige George P. Bush zum neuen Land-Commissioner in Texas gewählt. Allerdings muss er sich zunächst hintanstellen, denn neben Christie, Perry und Paul läuft sich auch sein ähnlich unpopulärer Vater Jeb Bush (26%) warm, d.h. der jüngere Bruder von Ex-Präsident George W. Bush. Eine Alternative zur Clinton-Dynastie wäre somit immer noch die Fortsetzung der Bush-Dynastie. Und warum nicht? Als flankierende Maßnahme zur US-Geldaristokratiedemokratie, die auch im Mainstream immer öfter als »Plutokratie« bezeichnet wird, wäre dies nur gerecht und konsequent. Denn warum sollte sich leistungsloser Reichtum vererben lassen, politische Ämter dagegen aber nicht?

Wem das alles dann doch irgendwie nicht behagt, der muss sich nach einer Alternative umsehen. Sie ist nötig und angesichts der Legitimitätskrise des US-Ungleichheitskapitalismus auch möglich. Organisationen, die einen dritten Weg systematisch angehen, sind jedoch bislang noch nicht in Sicht.